

# Merkblatt

## § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 1a des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG)

- **Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung;**
- **Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen;**
- **Loyalitätserklärung**

(In der Regel bei der Beantragung der Einbürgerung, spätestens vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde hat der Einbürgerungsbewerber folgende Bekenntnisse und folgende Erklärung abzugeben:

- „ 1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
  - b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
  - c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
  - d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
  - e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
  - f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
  - g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
  - h) dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.
2. Ich bekenne mich außerdem
- a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
  - b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.
3. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
  - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
  - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.“

<b>Antragsstellende Person (Name, Vorname)</b>	<b>Geburtsdatum</b>
<b>Geburtsort</b>	<b>Staatsangehörigkeit</b>
<b>wohnhaft</b>	

Über die Bedeutung und Inhalt beider Bekenntnisse nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 1a StAG sowie über die Loyalitätserklärung wurde ich schriftlich und mündlich ausführlich informiert und belehrt. Das Merkblatt - § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummern 1 und 1a des Staatsangehörigkeitsgesetzes, welches den Inhalt der Bekenntnisse noch einmal ausführlich erläutert, wurde mir ausgehändigt.

„Ich habe den Inhalt der Bekenntnisse und Loyalitätserklärung verstanden. Ich habe die Erklärung freiwillig unterzeichnet, da ich mich zu den Werten der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bekenne.“

Ich wurde gefragt, ob ich Handlungen unternommen habe oder noch Handlungen unternehme, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Diese Frage wurde nach vorheriger ausführlicher Erläuterung ihres Inhaltes durch mich verneint.“

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift antragsstellende Person